

Ausbau Alemannenstraße 2
Anlieger dürfen mitplanen

DIE LINKE: Keine Gewalt! 3
Keine Toleranz der Intoleranz!

„Für soziale und Freiheitsrechte“

Petra Pau, DIE LINKE, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, zu Gast im Roten Laden

Am 20. März 2010 wurde von den Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine der erste Programmentwurf der Partei DIE LINKE der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieser wird nun breit diskutiert und soll Ende 2011 von den Mitgliedern durch Urabstimmung beschlossen werden.

Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Mitglied des Fraktionsvorstandes der LINKEN, war am 22. März der Einladung zur Mitgliederversammlung gefolgt und hielt ein entschiedenes „Plädoyer für eine moderne, sozialistische Bürgerrechtspartei“. Ein spannender, informativer, kritischer sowie richtungsweisender Beitrag zur Programmdebatte.

Wenn eine Partei, so wie DIE LINKE, einen *Demokratischen Sozialismus* anstrebe, müsse sie eine Partei der *sozialen Gerechtigkeit*, des *Friedens* und auch eine *moderne sozialistische Bürgerrechtspartei* sein. Dies bedeute, die individuellen Freiheitsrechte jedes Bürgers und jeder Bürgerin hochzuhalten und zu verteidigen.

Unteilbare Menschenrechte

Eine der Kernfragen, die in und außerhalb der LINKEN immer wieder diskutiert werden, ist das Verhältnis von sozialen und individuellen Freiheitsrechten zueinander. Für Petra Pau „entspringt der universelle Anspruch auf Menschen-, Freiheits- und Bürgerrechten nicht dem Wohlwollen irgendeiner Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern dem Menschsein selbst. Jedwede Staats- und Gesellschaftsordnung hat demnach diesem Menschsein als Freie unter Gleichen zu dienen. Oder sie

ist eben keine freiheitlich demokratische Gesellschaft“. Menschen haben unteilbare *Menschenrechte* - eben weil sie Menschen sind.

Dies klingt vielleicht selbstverständlich, ist es aber nicht.

Petra Pau kennzeichnet zwar den politischen Liberalismus als eine „Wurzel des Sozialismus“, zieht aber eine klare Trennlinie zur Politik und zum *Freiheitsverständnis* der FDP, dem eigentlichen inhaltlichen Gegenpol: „Die bürgerlich Liberalen wollen im Namen der Freiheit weniger Staat und mehr Individualität. Die libertären Linken wollen namens der Freiheit einen gerechten Staat und mehr Gesellschaft.“ Das sei ein fundamentaler Unterschied.

„Für Rosa Luxemburg endet Gleichheit ohne Freiheit in Unterdrückung, und Freiheit ohne Gleichheit führt zu Ausbeutung.“

Freiheit, die sie meinen

Beide treffen sich bei der Verteidigung des Rechtsstaates. Beide trennen sich, wenn es um Werte wie sozial, solidarisch und vor allem Gerechtigkeit geht. Für die FDP werde die politische Freiheit nur an die Freiheit des Eigentums geknüpft. Aber, wer sich heute nur der Verteidigung der wirtschaftlichen Freiheit und einer Marktwirtschaft andiene, die sozial und ökologisch blind sei, gefährde die Zukunft der Zivilisation.

Folglich sei es richtig, dass DIE LINKE im Programmentwurf die Eigentumsfrage aufruft: wegen der sozialen Gerechtigkeit und namens der Freiheit.

DIE LINKE wird diese und andere Fragen offen diskutieren. Wir laden herzlich dazu ein.

Jürgen Schimrock



Petra Pau:

geb. 1963, Berliner, verheiratet, Lehrerin und Diplom-Gesellschaftswissenschaftlerin, von 1992 bis 2001 Landesvorsitzende der Berliner PDS, von 1995 bis 1998 im Abgeordnetenhaus, seit September 1998 für die PDS bzw. DIE LINKE direkt gewähltes Mitglied und seit April 2006 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

„Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also radikal verfahren, so muss man den Liberalismus kaputt machen, dann verdrort der Sozialismus von selbst.“

(Friedrich Engels an Karl Kautsky, Brief vom 5. März 1892, MEW 38, S. 288)

Mehr über Petra Pau und ihre vollständige Rede vom 22. März 2010 ist zu finden unter:
www.petrapau.de
oder
www.die-linke-reinickendorf.de/wir

Der Programmentwurf der Partei DIE LINKE unter:
www.die-linke.de/programm/programmentwurf/



Ausbau der Alemannenstraße

Anlieger werden jetzt in Planung einbezogen

Ein Teil der Frohnauer Alemannenstraße soll erneuert werden (WiR berichtete). Gemäß Straßenausbaubeitragsgesetz (StrABG) sind die Anlieger zur Mitfinanzierung verpflichtet. Nur fand der rot-rote Gesetzgeber, dass wer bezahlt auch bestimmen soll, wofür er bezahlen soll. Das wurde in Reinickendorf bisher mehr schlecht als recht gehandhabt.

Im Februar besuchte der baupolitische Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Uwe Doering die Bürgerinitiative Alemannenstraße. Dabei erläuterte er das StrABG und seine sehr unterschiedliche Anwendung in den Bezirken. Er nahm auch die Bedenken der Anlieger auf.

Unter Baustadtrat Lambert (CDU) wird die Anliegerbeteiligung ernst genommen. Nach einer Einwohnerversammlung wurden Veränderungen vorgenommen, die die Kosten um ca. 10 Prozent reduzieren.

Hauptkritikpunkt der Anlieger bleibt aber die Regenwasserentwässerung. Diese erfolgt in Frohnau durch Versickerung. Nach Ansicht des Bauamtes funktioniert die Entwässerung nicht mehr ausreichend, weshalb ein teurer Regenwasserkanal eingebaut werden soll. In zwei Sitzungen im März rang der Bauausschuss gemeinsam mit Anliegern um eine einvernehmliche Lösung. Die Anlieger haben ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben, welches der Ausschuss abwarten will, bevor er über die Baumaßnahme beschließt. Und: In die BVV im April gelangen Anträge, die das Bezirksamt auffordern, die Bedenken der Bürger ernst zu nehmen.

Lutz Dühr



Straßenreste
Fotomontage:
Lutz Dühr

Soldat, Soldat, in grauer Norm, Soldat, Soldat, in Uniform ...

Die BVV Reinickendorf hat auf ihrer letzten Sitzung einstimmig und ohne Aussprache beschlossen, den Einsatz von so genannten Jugendoffizieren an Schulen im Bezirk zu befürworten. Jugendoffiziere sind Angehörige der Bundeswehr, die Schüler über das Militär und über deutsche „Sicherheitspolitik“ aufklären sollen. Dass Angehörige des Militärs dies in der Regel nicht besonders kritisch tun, liegt wohl auf der Hand - trotz anderslautender Angaben der Bundeswehr.

„Kampfeinsätze“ an Schulen?

Inbesondere möchte die BVV, dass das Planspiel „Pol&Is“ mit den Schülern im Unterricht durchgeführt wird. Durch „Pol&Is“ soll „internationale Politik für Schüler erfahrbar gemacht werden“, so die Selbstdarstellung des Verteidigungsministeriums. Um neuen Bedrohungslagen zu begegnen, benötige man einen neuen „Mix robuster Fähigkeiten“, ein Euphemismus für kriegerisches Eingreifen im Ausland. Dass Auslandseinsätze von bis zu 80 Prozent der Bevölkerung abgelehnt werden, scheint dabei die Reinickendorfer BVV nicht zu interessieren.

Die Besuche der Jugendoffiziere sind nach Aussage der Bundeswehr

keine Wehrdienstberatungen, da es sonst für die Jugendoffiziere erheblich erschwert würde, Einladungen in Schulen zu erhalten.

Die Grundlagen deutscher „Sicherheitspolitik“ sind in Berlin in der Sekundarstufe II Pflichtstoff. Die Jugendoffiziere seien dafür „kompetente und vor allem authentische Ansprechpartner“, wird konstatiert.

Bundeswehr als Pflichttermin?

Dadurch werden die organisierten Propagandaveranstaltungen mit den Soldaten zum Pflichttermin, ein Fernbleiben würde als unentschuldigte Fehlstunde gewertet. Schülerinnen und Schüler werden so, über das Mittel der Schulpflicht, gezwungen, daran teilzunehmen.

Das ist nicht hinzunehmen. Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber, sie hat in Schulen nichts zu suchen.

Schülerinnen und Schüler des Schadow-Gymnasiums in Steglitz-Zehlendorf haben es vorgemacht: Sie haben gegen das Militär an ihrer Schule demonstriert. DIE LINKE war dabei - auch die Grüne Jugend. Dort scheint es noch ein Problembewusstsein zu geben, ganz im Gegensatz zu den Grünen in der BVV.

Robert Irmscher

BVV-Splitter

39. Sitzung, 10.3.2009

Einwohnerfragen: Sorgen der Mieter der **Cité Pasteur** nach der Zukunft der Siedlung in Folge der **Schließung des Flughafens Tegel** - ausgedrückt in mehreren Fragen von Frau Lemke und Frau Komaretsky - versuchte Baustadtrat Lambert (CDU) zu beschwichtigen. Unter Berufung auf die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigentümer versicherte er, mittelfristig (ein Jahrzehnt und mehr) werde es keine Wohnungskündigungen und somit keine Umsiedelung der Mieter geben.

Beate Orth, Mitglied der LINKEN Reinickendorf, erkundigte sich, ob *das JobCenter Reinickendorf prüfe, ob Arbeitnehmer zu Leistungsempfängern nach SGB II werden, weil die Arbeitgeber sittenwidrige Löhne zahlen?* In seiner Antwort verwies Sozialstadtrat Höhne (SPD) auf eine Presseinformation der Bundesagentur für Arbeit vom 3. März, wonach „die JobCenter in jedem Fall angehalten (sind) zu prüfen, ob Lohnwucher vorliegt, wenn pro Stunde drei Euro oder weniger gezahlt werden. Werden **sittenwidrige Löhne** gezahlt, fordern die Jobcenter entgangene beziehungsweise verauslagte Lohnansprüche vom Arbeitgeber zurück“.

Anträge: Einstimmig verurteilte die BVV einen „Brandanschlag auf zwei Fahrzeuge der Firma Siemens in der Brusebergstraße, zu dem sich eine linksextreme Gruppe bekannt hat“ (**„Gegen linksextreme Gewalt in Berlin“**, Drs.-Nr.: 1080/XVIII). Frau Petters, Fraktionsvorsitzende von B90/Grüne, konterte die traditionell undifferenzierte Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus durch die CDU mit längeren Zitaten aus dem Verfassungsschutzbericht 2008. Keiner Fraktion war der erneute Anschlag gegen das Büro der LINKEN in Reinickendorf am gleichen Tage einen Hinweis wert.

Den Antrag der SPD **„65. Jahrestag Kriegsende“** (Drs.-Nr.: 1085/XVIII) hat die BVV an den Haushaltsausschuss überwiesen. Das Bezirksamt wird ersucht, *„den 65. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 2010 durch geeignete Veranstaltungen in Reinickendorf zu würdigen“*.

Pikant: Da der Ausschuss erst am 19. April, also mehrere Tage nach der April-Sitzung der BVV tagt, kann diese somit keinen Beschluss mehr vor dem 8. Mai 2010 fassen. Tolles timing. Friedrich Wilhelm

Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:
www.die-linkereinickendorf.de/kommunales/

Rechtsgutachten „Bundeswehr im Schulunterricht“:
www.sebastian-schluesselburg.de/?p=401

Alle verwendeten Zitate aus der Selbstdarstellung der Bundeswehr im Internet:
www.jugendoffizier.de

Keine Toleranz der Intoleranz!

Beschluss der Mitgliederversammlung der Reinickendorfer LINKEN

In der Nacht zum 10. März 2010 wurden zum zweiten Mal innerhalb von sechs Wochen die Fensterscheiben des „Roten Ladens“ in der Schloßstraße 22 in Tegel eingeschlagen. Der „Rote Laden“ ist das Büro der Partei DIE LINKE Reinickendorf. Über ein politisches Tatmotiv braucht also nicht spekuliert zu werden. Der Polizeiliche Staatsschutz beim Landeskriminalamt hat folgerichtig die Ermittlungen übernommen.

Die Anschläge auf den „Roten Laden“ reißen sich ein in eine Reihe ähnlicher Überfälle auf linke Einrichtungen in Neukölln und Kreuzberg und von Morddrohungen in derselben Woche. Offenbar fühlen sich Neonazis durch die Blockade ihres Aufmarsches in Dresden empfindlich getroffen und greifen nun zur nackten Gewalt.

Nicht wegsehen und verschweigen

Die Beispiele zeigen: Rechtsextremismus und Verherrlichung des Nationalsozialismus sind und bleiben eine reale Gefahr für das Leben der Bürgerinnen und Bürger, für die Demokratie. Auch in Reinickendorf. Wegsehen oder Verschweigen helfen nicht. Auch nicht in Reinickendorf.

Unser Bezirk war in jüngster Vergangenheit zweimal Schauplatz von NPD- Parteitag. Gemeinsam mit Antifaschisten und Demokraten, über Bezirks- und Parteigrenzen hinweg, sind wir Reinickendorfer LINKEN gegen die „Demonstrationen“ der Neonazis auf die Straße gegangen. Wir engagieren uns gegen Rechts-

extremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, wo immer sie auftreten. Wie viele vernünftige und anständige Bürgerinnen und Bürger in unserem Bezirk meinen wir: Neonazis haben hier nichts zu suchen – hier nicht und nirgendwo! Wir werden uns nicht an rassistische Sprüche, Intoleranz, Ausgrenzung und Verfolgung von Andersdenkenden, -lebenden, -glaubenden und -fühlenden gewöhnen. Reinickendorf ist gegen derartige Erscheinungen nicht immun. Bezirkspolitik und Zivilgesellschaft müssen hier viel besser gemeinsam gegen halten, gemeinsam agieren.

Gegen politisch motivierte Gewalt

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Tegel und im Märkischen Viertel, in Frohnau und am Schäfersee, überall im Bezirk, in Berlin, in Deutschland, weltweit ohne Angst, in Sicherheit und Frieden leben können. Nicht nur weil wir im konkreten Fall die Opfer sind: Gewalt zur Austragung politischer Differenzen lehnen wir, lehnt DIE LINKE ab - von wem auch immer sie ausgeht. Wer jedoch Rechts- und Linksextremismus in einen Topf wirft, bagatellisiert, wie man sieht, die konkrete Gefahr von Rechts.

Ganz offen: Wir hätten es für politisch angemessen gehalten, wenn unser Bezirksparlament in seiner März-Sitzung von dem Anschlag gegen das Büro einer demokratischen Partei im Bezirk - sagen wir - wenigstens Kenntnis genommen hätte.

Obwohl die Kreisvorsitzenden von zwei in der BVV vertretenen Parteien vor der Sitzung darüber informiert wurden, sahen sich deren Sprecher in der Debatte leider nicht in der Lage, ein Wort der Verurteilung zu äußern. Das betrübt uns.

Wir haben in den vergangenen Wochen von Hausbewohnern und Vorbeigehenden, aber auch per E-mail manche spontane Äußerungen der Solidarität gehört. Wir danken dafür. Die Anschläge gegen den „Roten Laden“ werden uns nicht von unserer Politik abbringen. DIE LINKE wirkt auch in Reinickendorf weiter, und der „Rote Laden“, dessen 10jähriges Jubiläum wir in diesem Jahr feiern, bleibt offen.

65. Jahrestag mahnt uns alle

Im Mai begehen wir den 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges in Europa. Wir rufen auf, an diesem Tag an den Gedenkstätten und Stolpersteinen in unserem Bezirk der Opfer des faschistischen Terrors mit Blumen zu gedenken.

Der Jahrestag ist für uns ein weiterer Anlass, uns mit nationalistischen und geschichtsrevisionistischen Parolen Ewiggestriger und deren verfassungswidrigen Aktivitäten auseinanderzusetzen.

Der Schwur von Buchenwald gilt unverändert:

**Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!**

Berlin, 22. März 2010

ÖBS-Stellen für Integrationslotsinnen gesichert

Auf Einladung von Albatros e. V. besuchten Elke Breitenbach, die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Katina Schubert, die Referentin der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales und Felix Lederle vom Landesvorstand DIE LINKE Berlin, am 30. März das Mehrgenerationenhaus AVA 17.

Stadtteillotsinnen aus dem Märkischen Viertel und Integrationslotsinnen im Auguste-Viktoria-Kiez schilderten ihre verdienstvolle Arbeit für den sozialen Zusammenhalt, die mittlerweile sogar von öffentlichen Ämtern nachgefragt wird.

Gemäß einer Vereinbarung zwischen den rot-roten Landesregierun-

gen in Berlin und Brandenburg mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg wird die in diesem Monat auslaufende Beschäftigung der Integrationslotsinnen des Mehrgenerationenhauses weitergeführt.

Dies geschieht zu Bedingungen der LINKEN für einen Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) - nämlich sozialversicherungspflichtig, auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags und nach einem Mindestlohn bezahlt.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung, die hingegen weiterhin Ein-Euro-Jobs befürwortet, hat dem Land Berlin die zur Co-Finanzierung von ÖBS-Stellen benötigte Bundesmittel gekürzt und gespart.



Der Kampf der LINKEN Berlin um die angestrebten 7 500 ÖBS-Stellen in Berlin geht weiter. Felix Lederle

Foto: Katina Schubert

Vom Dorf zum Großstadtbezirk

Schöne Ausstellung zur Entwicklung von Tegel

Noch bis zum 30. Juni ist die bereits in der Humboldt-Bibliothek gezeigte Ausstellung „Tegel – einst und jetzt“ im „Renafan“-Haus in der Tegeler Schloßstraße 6 zu sehen.

Eine kleine, liebevoll zusammengestellte Galerie aus alten und aktuellen Fotos und anderen Zeitzeugnissen, die informativ über die Entwicklung Tegels vom Dorf zum Großstadtbezirk erzählt.

Die Schautafeln sind in herausragende Themen gegliedert. Beginnend mit dörflicher Vergangenheit – das älteste Bild ist die 1820 erbaute Schule in der Hauptstraße 23 – geht es weiter mit Tegeler Bürgern, die Geschichte schrieben, von Amts- und Ge-

meindevorstand Ludwig Brunow, den Ziekows und Veits bis zu Persönlichkeiten von heute.

Auch die Familie Humboldt findet die entsprechende Erwähnung, über das Gut und Schloß Tegel, seit 1776 im Besitz der Familie, die Humboldtmühle, die Humboldt-Bibliothek. Besonders schön ist eine Skizze der Enkelin von Wilhelm von Humboldt, Adelheid von Bülow.

Der Betrachter sieht historische Zeugnisse von der Eröffnung der Pferdebahnlinie 1881, über die Gründung des „Tegeler Anzeiger“ im Jahr 1899, die erste Straßenbahn um 1900 – und vieles mehr.

Übrigens erfährt man auch, daß sich die Geschäftsstelle der LINKEN Reinickendorf in den Räumen der ehemaligen Conditorei in dem 1887 von Bäckermeister Wulff erbauten Haus in der Schloßstraße 22 befindet.

Regine Friedrich

Am Rande

Rettet die Eliten...

...und Friede den Palästen. Das Vertrauen in die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung steht auf dem Spiel. Hört, hört.

Frank Steffel, für die Reinickendorfer CDU im Bundestag, steht mal wieder vor der journalistischen Klagemauer des „Tagesspiegel“ (24.2.). Er beklagt Kapitalvernichtung, die Unvernunft der Banken, Maßlosigkeit, Gewinnmaximierung, Bilanzierungstricks und die Ferne „gewählter Mandatsträger“ von den Realitäten, konstatiert eklatanten Vertrauensverlust in die „Vorbildfunktion“ der „gesellschaftlichen Eliten“.

Er meint damit natürlich die Unternehmer-„Elite“, wirbt für „die Rückgewinnung von Vertrauen als Grundlage unserer Demokratie“.

Das ist toll, das ist einfach. So spricht der Hirte mit den Schafen, Herr Steffel. Vertrauen in „Eliten“ als Grundlage einer Gesellschaftsordnung? Was soll das sein? Ich dachte bisher, ich könne mich auf Menschen- und Bürgerrechte und das Grundgesetz berufen. Stattdessen Vertrauen in „entfernte“ Politiker, die durch ihre Entscheidungen die beklagte Finanz- und Wirtschaftskrise erst möglich machten und damit die eigene Krise entfachten?

Oder sind das nur „schwarze Schafe“, da doch die wahre Elite „altruistisch und ehrenamtlich“ Almosen verteilt und Sportvereine leitet?

Sie werben für noch mehr „aktive Beteiligung dieser Unternehmerpersönlichkeiten“. Ich werbe für eine bessere Politik, die die Interessen einer inzwischen zunehmend schweigsamen Mehrheit der Bevölkerung vertritt und Kapitaldominanz verhindert, die dafür sorgt, dass auch unsere Kinder noch in einer intakten Umwelt leben können.

Dafür können Sie selbst im Deutschen Bundestag stimmen, Herr Steffel. Packen Sie's an!

F. Reinecke

Termine

Einspruch!

Antifaschistische Positionen zur Geschichtspolitik - 65 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg.

Geschichtspolitische Konferenz der VVN-BdA am 24. April, 13-18 Uhr, 20 Uhr Konzert und am 25. April, 9-13.30 Uhr.

Im Kinosaal und Audimax der Humboldt-Uni, Unter den Linden 6.

Fotoquelle:
Kunst & Kultur
Tegel e. V.

www.tegelonline.info



Die ehemalige
Conditorei
in der
Schloßstr. 22

Humboldtjahr 2010

Mit Lesungen, Vorträgen, Führungen, Musik und Schulprojekten begeht seit Ende Januar Reinickendorf das „Humboldtjahr 2010“. In Zusammenarbeit von Humboldt-Bibliothek, der Humboldt-Schule, dem Tegel-Center, Naturschutzbund, OSZ Druck- und Medientechnik, Centre Bagatelle, Fontanehaus, Heimatmuseum und dem „Labsaal“ ehrt der Bezirk die Wissenschaftler, Forscher und Humanisten Alexander und Wilhelm von Humboldt.

Das umfangreiche, interdisziplinäre Programm spiegelt die vielfältigen Talente und Fähigkeiten dieser herausragenden Persönlichkeiten des frühen 19. Jahrhunderts wider.

Das Programmheft geht in Beiträgen von Ulrich von Heinz und

Hinrich Lühmann dankenswerter Weise auf den richtungweisenden, noch heute fast revolutionär erscheinenden erweiterten Bildungsbegriff der Brüder ein. Der eine auf theoretisch-philosophischer Basis, der andere mehr praxis- und erkenntnisbezogen. „Bildung ist mehr als Wissen“ und sollte eben als Allgemein- und Persönlichkeitsbildung - in Abgrenzung zum Pauken für die Arbeitswelt - verstanden werden.

WiR wünscht den thematisch gut gemixten Veranstaltungen einen regen Zulauf und Erfolg. Und möge ein Erkenntnisgewinn auch die CDU-Stadträtin für Schule, Bildung und Kultur Frau Schultze-Berndt erreichen, deren Partei leider noch immer hinter den nunmehr fast 200 Jahre alten Humboldt'schen Ideen zurück bleibt.

Jürgen Schimrock

Das vollständige
Programm ist
einzusehen unter:

www.berlin.de/ba-reinickendorf/abteilung/schulbiku

Impressum

Herausgeber:
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE.,
V.i.S.d.P.:
Yusuf Dogan

Wir in
Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE.,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 200 00,
Kontonummer:
4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de